

	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 201 - Ressort Soziales
	Bearbeiter/in	Ulrike Jansen
	Telefon (0202)	563 2336
	Fax (0202)	563 8531
	E-Mail	ulrike.jansen@stadt.wuppertal.de
	Datum:	22.01.2014
Antwort auf Anfragen	Drucks.-Nr.:	VO/0079/14/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
06.02.2014	Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit	Entgegennahme o. B.
Innovative Ansätze in der Wohnungslosenhilfe - niedrighschwellige Wohnangebote - jetzt!! Verbesserung der wohnlichen und psychosozialen Versorgung bei Obdachlosigkeit		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen (VO/0079/14)

Beschlussvorschlag

Die Antwort auf die Große Anfrage wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Die Große Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1) Gibt es einen regelmäßigen institutionalisierten fachlichen Austausch zwischen den zuständigen Mitarbeiter*innen der Stadt und den Mitarbeiter*innen der Freien Träger, der über das Maß der eng nach Tätigkeitsfeld aufgeteilten Fachgruppen der AG für psychosoziale Angelegenheiten hinaus geht, um das Thema „Wohnungslosigkeit“ interdisziplinär zu bearbeiten?

Es gibt themenbezogen einen interdisziplinären Austausch zum Thema „Wohnungslosigkeit“, jedoch in der näheren Vergangenheit nicht zum Thema Psychische Erkrankung und Obdachlosigkeit sondern zur Versorgung junger, von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen oder zum Kältekonzept. Für Anfang 2014 ist ein erneuter Austausch in der Vorbereitung.

2) Ist an der stärkeren Vernetzung der Versorgungssysteme Träger übergreifend weiter gearbeitet worden?

Wenn ja, was sind die konkreten Ergebnisse?

Die Vernetzung der Versorgungssysteme wurde themenbezogen weiter ausgebaut. Konkrete Ergebnisse konnten im Bereich der Erstellung des Kältekonzeptes erreicht werden.

3) Ist die Idee der Einrichtung einer zusätzlichen niedrighschwelligen Wohnmöglichkeit analog des Konzeptes „Pension Plus“ weiter entwickelt worden?

Im Nachgang des Fachtages wurde weiter an der Entwicklung eines Konzeptes analog „Pension Plus“ gearbeitet. Das musste leider wieder eingestellt werden, da sich für dieses Vorhaben kein Träger gefunden hatte, der mit den vorhandenen Ressourcen ohne zusätzliche Mittel ein solches Konzept hätte umsetzen können.

4) Wie hoch werden die Kosten für den Betrieb einer solchen Einrichtung eingeschätzt?

Über die Höhe der Kosten kann von hier aus nichts gesagt werden, da sie sich nach Konzeption, personeller, räumlicher und sachlicher Ausstattung, sowie der Größe der Einrichtung ausrichten.

5) Welche Potenziale und Formen der Finanzierbarkeit sieht man seitens der Stadt für eine solche Einrichtung?

Könnten hierfür z.B. Stiftungsgelder oder Zuschüsse aus dem ESF eingeworben werden?

Es wäre im Einzelfall zu überprüfen, ob seitens der Stadt eine Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln in Frage käme und ob dafür entsprechende Fördertöpfe zur Verfügung stehen. Derzeit ist uns darüber nichts bekannt.

6) Gab es bezüglich des Betriebes einer solchen Einrichtung Gespräche mit den Freien Trägern?

Es gab Gespräche mit freien Trägern zum Betrieb einer solchen Einrichtung.

7) Gab es konkrete Überlegungen und Gespräche mit Wohnungsbaugenossenschaften oder privaten Vermieter*innen?

Nein, da noch kein Konzept vorlag und es keine Trägerschaft gab, stellte sich diese Frage (noch) nicht.

8) Sollte die Idee einer niedrighschwelligen Wohneinrichtung nicht weiter verfolgt worden sein, wo lagen die Gründe dafür?

Es konnte kein Träger gefunden werden, der den Betrieb einer solchen Einrichtung verwirklichen wollte. Zudem war die Finanzierung nicht geklärt.

9) Wo sieht die Stadt trotz enger Finanzlage der Kommunen und der Freien Träger Verbesserungsmöglichkeiten für die Gesamtsituation der Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen, gerade im Kontext des Spannungsfeldes „psychische Erkrankung“?

Die interdisziplinäre Vernetzung und der problemlösungsorientierte Austausch mit dem Ziel Lösungen für konkrete Problemstellungen, auch für einzelne Betroffene zu finden hat sich in der Vergangenheit bewährt. Daran sollte auch in der Zukunft weiter festgehalten werden, was vor Hintergrund erhöhter Belastungen und gleichbleibender Ressourcen ein Erfolg wäre.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Versorgung junger Menschen mit psychischen Erkrankungen und Auffälligkeiten. Bisher sind alle Bestrebungen, ein kostenneutrales Konzept zu entwickeln, erfolglos geblieben.

Demografie-Check

a) Ergebnis des Demografie-Checks

Ziel 1 – Stadtstrukturen anpassen **0**

Ziel 2 – Wanderungsbilanz verbessern **0**

Ziel 3 – gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen **0**

b) Erläuterungen zum Demografie-Check